



Nazwa instytucji

Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

[Petycja Deutsche Sozialdemokratische Partei i Delegation der Deutschen Parteien do prezydenta Rządu Krajowego Księstwa Cieszyńskiego Jana Michejdy w sprawie zasad realizacji prawa samostanowienia narodowego Niemców na Śląsku Cieszyńskim, Cieszyn, 03.1920]

Liczba stron oryginału

5

Liczba plików skanów

6

Liczba plików publikacji

6

Sygnatura/numer zespołu

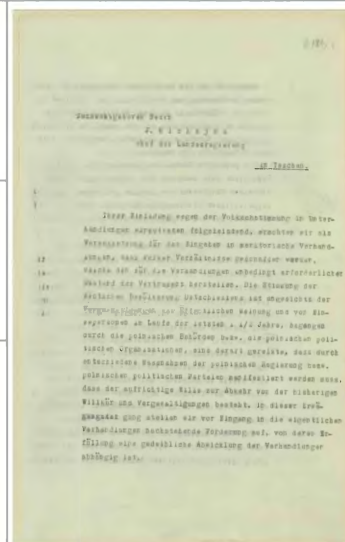
TR 015.180

Data wydania oryginału

1920

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



Ministerstwo
Kultury
i Dziedzictwa
Narodowego.



NARODOWY
INSTYTUT
AUDIOWIZUALNY

KULTURA+



Digitalizacja

Hochwohlgeboren Herrn

J. W i c h e j d a

chef der Landesregierung

in Teschen.

Ihrer Einladung wegen der Volksabstimmung in Unterhandlungen einzutreten folgeleistend, erachten wir als Voraussetzung für das Eingehen in meritorische Verhandlungen; dass vorner Verhältnisse geschnaffter werden, welche den für die Verhandlungen unbedingt erforderlichen Zustand des Vertrauens herstellen. Die Stimmung der deutschen Bevölkerung Ostschlesiens ist angesichts der Vergewaltigungen der öffentlichen Meinung und von Einzelpersonen im Laufe der letzten 1 1/2 Jahre, begangen durch die polnischen Behörden bzw. die polnischen politischen Organisationen, eine derart gereizte, dass durch entschiedene Massnahmen der polnischen Regierung bzw. polnischen politischen Parteien manifestiert werden muss, dass der aufrichtige Wille zur Abkehr von der bisherigen Willkür und Vergewaltigungen besteht. In dieser Erwägung stellen wir vor Eingang in die eigentlichen Verhandlungen nachstehende Forderung auf, von deren Erfüllung eine gedeihliche Abwicklung der Verhandlungen abhängig ist.

1. Garantien für die persönliche Sicherheit der deutschen Bevölkerung und Ermöglichung der Rückkehr der deutschen Flüchtlinge in ihren Wohnsitz durch entsprechende Einflussnahme auf die polnische Plebiszitkommission. (Vorfälle in Jablunkau, Freistadt, Trzynietz, Dziedzitz und Bielitz.)

Wahrnehmung in
Das polnische Zentral-Plebiszitkomitee spricht öffentlich sein Bedauern über terroristische Akte einzelner Mitglieder der lokalen polnischen Plebiszitorganisationen insbesondere Skotschau, Jablunkau und Freistadt aus und verpflichtet sich alle hiedurch entstandenen Schäden zu ersetzen.

2. Anerkennung der politischen Verantwortlichkeit der polnischen *Rada Narodowa* Plebiszitkomitees für jedwede politische Betätigung der politischen Parteien oder geheime Organisationen in ihrem Wirkungsbereiche und offizielles Verbot jedweder terroristischen Einschüchterungen oder Vergewaltigungen der deutschen Bevölkerung wie auch jedweder ungesetzlichen Art der Agitation. -

Für die Dauer unserer Verhandlungen mit den Polen wäre zur Überwachung der Einhaltung dieser Verpflichtung von dem polnischen Zentral - Plebiszitkomitee eine Stelle zu schaffen, bei welcher konkrete Beschwerden der Deutschen angebracht werden können, um von dortaus untersucht und unverzüglich abgestellt zu werden.

Objektive Haltung der polnischen Behörden gegenüber allen deutschen politischen Parteien und Bekämpfung aller ungesetzlichen Beschränkungen der Press-

freiheit und der politischen Betätigung.

Garantien der pflichtgemässen Expedition der deutschen Blätter durch die Post.

Bestrafung aller Organe, die sich Pflichtverletzungen zu Schulden kommen lassen. *(Deutsches Nationalrecht)*

3. Politische Indemnität für alle Personen, welche von den polnischen Behörden verfolgt oder benachteiligt wurden, da ihre politische und nationale Betätigung dem polnischen Staatsinteresse wirklich oder scheinbar entgegengewirkt hat.

Lager
Prof. Müller
Zelen
Abstr. 10.000

*Wichtig, wenn
in Karlsruhe
nicht
informieren, 2
wofür
provisionen
Anmerkung!*

Amnestierung bzw. Abolition aller feldgerichtlich verurteilten bzw. verfolgten Civilpersonen.
(Des vom Teschner Feldgericht verurteilten Bürgerwehrmannes H a n n's /Urteil vom 4.VIII. 19/ und L o m o s i k /Urteil vom 5.IX. 19/).

*Freiwillige
zu Hause
Zusatz*

Entschädigung der von Militärgerichten verurteilten und der von Militär- und Civilgerichten grundlos in Untersuchungshaft gehaltenen Civilpersonen.

Wiedergutmachung alles ihnen und ihren Familien zugefügten Unrechtes.

Nichtanwendung des Hochverratsparagraphen auf die ostschiesische Frage, Garantie gegen die missbräuchliche Anwendung des Paragraphen 65 a St.G. sowie gegen Verhaftungen aus politischen Gründen.

Wiedereinsetzung der aus politischen Gründen entlassenen deutschen Beamten, Lehrern, sonstigen öffentlichen Angestellten und Eisenbahnbediensteten in ihre früheren Stellen, soweit sie darauf Anspruch erheben.

5. Einhaltung der Doppelsprachigkeit bei sämtlichen

*Kochgraben
Bettler, 4.
Kellner,
Kreisel
Schicht. 1000.*

Während in Philistinen

*Deswegen: Welchen nie 2 polit.
keine zu überlegen, weshalb sollte man
Welchen jedoch, was überlegen, auf die zu überlegen.
Spannen ist in der...
Deswegen...
Landani für...*

*Als polit. Freund...
Kreisel
wegen der...*

Behörden und öffentlichen Aemtern, insbesondere bei den Aemtern der Ostpräfektur.

6. Entlassung sämtlicher Ostschlesier aus dem Verband des polnischen Heeres, welche gegen ihren Willen zurückgehalten werden.] Einstellung der Verfolgung wegen Desertion jener Ostschlesier, welche eigenmächtig ihre Truppenkörper verlassen hatten, weil sie gegen ihren Willen eingereiht wurden oder nach der Kundmachung der internationalen Kontrollkommission vom 3./III 1919 sich als militärfrei betrachten konnten.

7. Zusammensetzung der Verwaltungskommission in Skotschau nach den von der internationalen Kommission aufgestellten Grundsätzen und Aufhebung aller widerrechtlichen Verfügungen der früheren Verwaltungskommission. Neuwahl des Ortschaftsrates.

8. Festlegung des Grundsatzes, dass bei Fehlen von gewählten Ersatzmannern Kooptierungen der freiwerdenden Mandate in die Gemeindevorstände erfolgen können.

9. Ernennung eines deutschen Landesschulinspektors für die deutschen Schulen und Unterstellung sämtlicher deutschen Schulen unter diesen bzw. unter die ihm unterstellten deutschen Bezirksschulinspektoren.

10. Regelung folgender Schulfragen.

- a) Belassung einer vollständigen Volks- und Bürgerschule in Skotschau und der an diesen Schulen früher in Verwendung gestandenen Lehrkräfte, soweit sie selbst darauf Anspruch erheben.
- b) An allen Orten, an welchen bisher utraquistische Schulen bestanden haben und 30 Kinder vorhanden sind, deren Eltern den deutschen Unterricht verlangen, ist eine deutsche Volksschule spätestens mit Beginn des nächsten Schuljahres zu errichten. (Rückgabe des deutschen Privat-Kindergartens in Schibitz).
- c) Respektierung des Territorialschlages der Gemeindevertretung bei der Besetzung von Lehrstellen durch den Bezirksschulrat und die Bezirksschulkommission.

Insofern diese Forderungen nicht direkt durch die polnischen politischen Parteien, die hiesigen Behörden oder die Warschauer Regierung erfüllt werden können, ist diesen in der Weise zu entsprechen, dass die Warschauer Regierung durch ihren Delegierten die Erfüllung dieser Forderungen bei der interalliierten Kommission in Teschen durchsetzt,

Tescher, im März 1920.

Für die deutsche sozial-
demokratische Partei:

Gust. Batusch, mp.

Dr. Grünbaum

Für die Delegation der
deutschen Parteien:

Fulda, mp.

Dr. Hans Pollak, mp.